



PROTECT THE PLANET



GREEN CITY Der Verein.



in Kooperation mit:



Münchner Initiative Nachhaltigkeit



München Zero

...laden ein zur hybriden Vortragsveranstaltung mit Publikums- und chat-Diskussion:

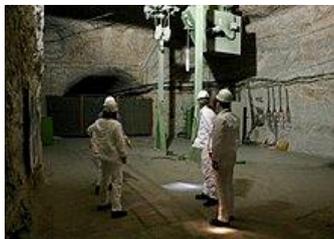
Prof. Dr. Miranda Schreurs

Hochschule für Politik, Technische Universität München
Lehrstuhl für Umwelt- und Klimapolitik
Co-Vorsitzende im Nationalen Begleitgremium Endlagersuche

Atom-Endlagersuche – auf die nächsten Generationen verschoben?!

Dienstag, 21.11.2023, 19:00 Uhr,
Münchner Zukunftssalon und parallel Zoom-Online und YouTube

„Wer ewig sucht, der findet nie“ (DIE ZEIT, 13.05.2023). Was passiert bei und mit der Suche nach einer Lösung für die Behandlung und Endlagerung hochradioaktiver Abfälle aus jahrzehntelanger Zwischenlager-Anhäufung? 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiver Müll (= 27.000 Müll-Großcontainer) – ein **Erbe für 30.000 Generationen**.

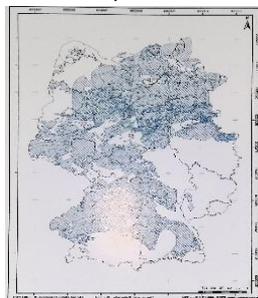


Das Ziel ist ambitioniert, die Aufgabe gigantisch: In den nächsten Jahrzehnten soll innerhalb Deutschlands ein Endlagerstandort für hoch radioaktiven Müll gefunden werden. Ein Standort, der die bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre bietet. Bisher jedoch hat **noch kein Staat ein erfolgreiches und betriebsfähiges Endlager für hochradioaktive Abfälle entwickelt**. Allerdings sind die EU-Länder nun verpflichtet, ihre Pläne für den Umgang mit ihrem Atom Müll vorzulegen. Und der Bundestag hat 2016 das **Standortauswahlgesetz** verabschiedet. Darin wird gefordert, bis zum Jahr 2031 potenziell geeignete Standorte zu ermitteln.

Diverse Bundes-Organisationen sind beteiligt, neben der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), das Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BSE), das Forum Endlager und das „**Nationale Begleitgremium**“ (NBG), dessen Mitglieder als „anerkannte Persönlichkeiten“ durch Bundestag und Bundesrat und durch ein Bürgerwahlgremium ernannt werden und in diversen Arbeitsgruppen des NBG mitarbeiten. Doch welche Organisation ist für was verantwortlich, wer macht was, bis wann, wie?



Wo soll das Endlager hinkommen? Darüber soll ausschließlich anhand wissenschaftlicher Kriterien entschieden werden (auch wenn manch Ministerpräsident schon seit Jahren tönt, dass sein Bundesland selbstverständlich nicht in Frage komme...). Wie erfolgversprechend sind die laufenden Arbeiten der BGE, zu klären, wie Salzstöcke in ihrem Inneren aufgebaut sind; kommt auch Granit- oder anderes Gestein in



Frage; welche Geologie scheidet von vorneherein aus; wie wird das (von wem) erforscht und bewertet? Welche Fortschritte machen andere Länder und können wir von ihnen lernen?

Ein erster Schritt: **54% der Fläche Deutschlands sind für ein Endlager grundsätzlich geeignet, 90 Teilgebiete als potentielle Standorte für ein Endlager bereits benannt**. Doch der weitere Suchvorgang könnte sich um viele Jahrzehnte verzögern, gab die

www.bge.de/de/endlagersuche/zwischenbericht-teilgebiete/

BGE vor einem Jahr bekannt. Warum? Und was bedeutet das – ohne Ziel- und Zeitvorgabe? Sind wir auf ein generationenübergreifendes Bauprojekt vorbereitet? Was folgt aus dem verzögerten Zeitplan für die Gemeinden, die die heutigen Zwischenlager mit befristeter technischer Laufzeit und rechtlicher Genehmigung beherbergen?

„**Partizipation**“ ist ein Schlüsselwort im aktuellen Verfahren. Doch wie soll sie funktionieren und wie funktioniert sie tatsächlich? Ist die Funktion des gesondert beauftragten Partizipationsverantwortlichen hilfreich? Auch darüber gibt es unterschiedliche Meinungen. Jedenfalls hat die allgemeine Öffentlichkeit noch wenig Belastbares erfahren – „**Mit-Entscheiden**“ steht ja ohnehin nicht an.

Und was passiert dann, wenn – selbstverständlich ausschließlich nach wissenschaftlichen Kriterien (!?) – dem Bundesgesetzgeber (Bundestag und Bundesrat) **die letztlich verbliebenen Standorte der möglichen Atom-Endlagerung zur (politischen) Entscheidung vorgelegt werden?** Und was für eine Herausforderung wird es sein, die Menschen, in deren Nähe einer der Endlager-Standorte ausgesucht ist, für ein solches Projekt zu „begeistern“, dessen **Auswirkungen schwer greifbar** sind und dessen Fertigstellung drei, vier oder sogar fünf Generationen dauern könnte?!

„**Das Verfahren der Standortsuche ist gut gedacht. Mit dem unabhängigen NBG dränge ich darauf, dass es auch gut gemacht wird: transparent, beteiligungsorientiert, wissenschaftsbasiert und lernend**“, sagt der Kollege von Prof. Schreurs, der Mit-Co-Vorsitzende des NBG, Armin Grunwald.

Da dürfen wir auf die Bewertung durch Frau Prof. Schreurs gespannt sein...

Dr. Helmut Paschla, U&A

Wer?

Miranda Schreurs

Co-Vorsitzende des durch das Standortauswahlgesetz geschaffenen Nationalen Begleitgremiums (NBG), dort seit 2016. Davor u.a. Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen. Frau Prof. Schreurs ist Inhaberin des Lehrstuhls für Umwelt- und Klimapolitik an der Hochschule für Politik der Technischen Universität München. Studiert hat sie in Washington und Michigan und war Fulbright-Stipendiatin in Japan und an der Harvard University.



Foto eigen; auf einer Sitzung des NBG

Wann?

Dienstag, **21.11.2023**, 19:00–21:00 Uhr

Wo?

Münchener Zukunftssalon, neue Adresse: Goethestr. 28 (Nähe Ecke Landwehrstr.), Hof, EG (S-/U-Bahn „Hauptbahnhof“, Ausgang „Goethestr“, dann Ecke Landwehrstr.) und **Zoom-online** sowie **YouTube-Streaming**

Anmeldung? unbedingt erforderlich: www.protect-the-planet.de/veranstaltungen/

Zum Weiterlesen:

Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) www.bge.de/de/

gibt ein Magazin „Einblicke“ heraus www.einblicke.de

Nationales Begleitgremium (NBG) www.nationales-begleitgremium.de/DE/Home/home_node.html

Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), Zwischenbericht Teilgebiete, ab 2020

www.bge.de/de/endlagersuche/zwischenbericht-teilgebiete/

Medienpartner:



Diese Veranstaltung wird dankenswerterweise gefördert durch:



Wir unterstützen:



Wer könnte besser – weil unabhängig – über die Endlagersuche für Atommüll berichten als die Vorsitzende des „Nationalen Begleitgremiums“ zur eben dieser Suche – einer unendlichen Geschichte. Frau Prof. Schreurs ist Umwelt- und Klimawissenschaftlerin an der TUM und Co-Vorsitzende des NBG. Sie wird berichten über den Zwischenstand der Lösungs-Suche für ein Problem der nächsten Millionen Jahre: 54% der Fläche Deutschlands mit 90 Standorten seien dafür geeignet. Der wer sucht, nach welchen Kriterien, wer ist beteiligt, wer macht was? Wie ist es um die versprochene Partizipation bestellt? Und was passiert dann, wenn in 30 Jahren einige wenige Standorte für den strahlenden Müll übriggeblieben sind – im Bundestag und in der Bevölkerung vor Ort? Bislang jedenfalls ist das Suchverfahren für ein Atommüll-Endlager wenig transparent und akzeptanzfördernd.